

29.09.2020 • Dr. Guido Zimmermann, Senior Economist



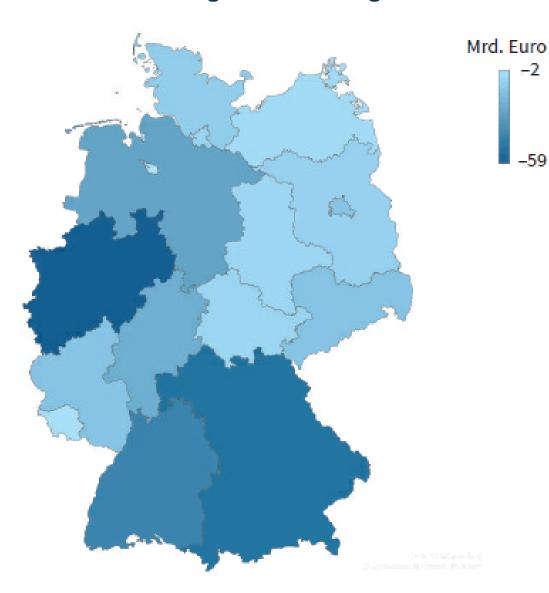
Konjunkturmonitor Sachsen

Sachsen muss langfristig Strukturwandel meistern

Wie wirkt die Corona-Krise auf die einzelnen Bundesländer?



ifo-Szenariorechnung: Veränderung des Realeinkommens in den deutschen Bundesländern

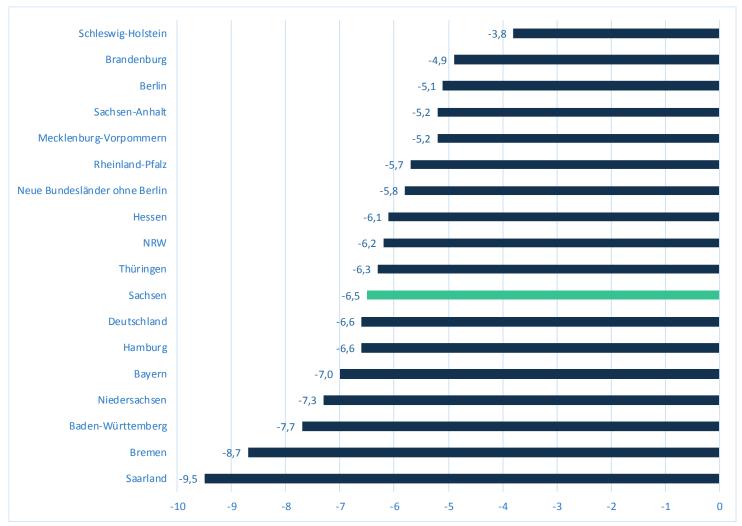


- Die Abbildung zeigt die Veränderung der Wertschöpfung in Milliarden Euro in den einzelnen Bundesländern. Je dunkler die Schattierung ist, desto stärker ist der Verlust des entsprechenden Bundeslandes.
- Die Effekte der Pandemie sind abhängig von
 - der Struktur der Industrie,
 - von der Möglichkeit, Homeoffice einzuführen, und
 - von dem Ausmaß der Produktionsstörung, bedingt durch Lockdown und Infektionsraten.
- Zwei Drittel des Rückgangs des Realeinkommens in Deutschland werden durch Produktionsstörungen angetrieben. In anderen Volkswirtschaften, beispielsweise in China oder Schweden, hat der indirekte Effekt (internationaler Handel) einen großen Anteil.
- Sachsen weniger stark betroffen als NRW und die südlichen Bundesländer.



Schleswig-Holstein kam bislang am besten durch die Corona-Krise, Sachsen im Mittelfeld

Veränderungsrate, in %, reales BIP 1. Halbjahr 2020 im Vergleich zum Vorjahreshalbjahr

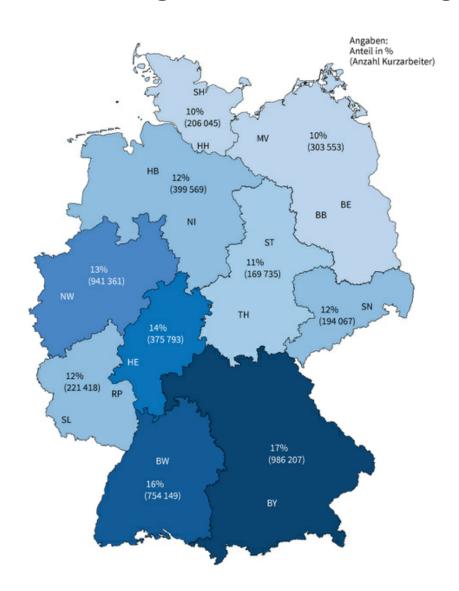


Quelle: Landesamt für Statistik Thüringen, LBBW Research.



Ausmaß der Kurzarbeit in Sachsen relativ moderat

ifo-Schätzung der Kurzarbeit nach Regionen im August 2020



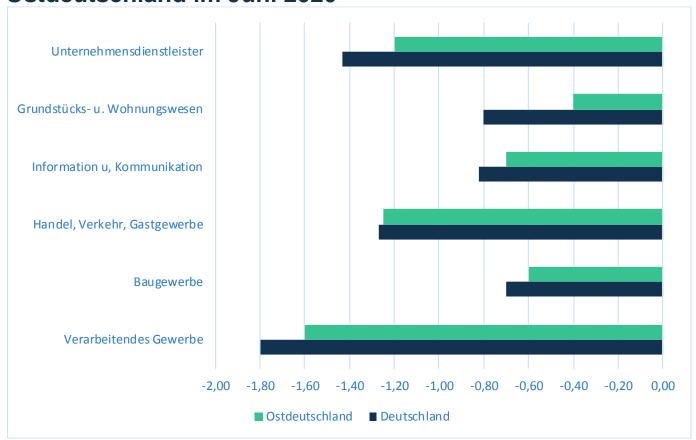
- Bayern ist weiterhin das Bundesland mit den meisten Kurzarbeitern. Das geht aus Umfragezahlen des ifo Instituts hervor.
- Demnach waren dort im August schätzungsweise 17 Prozent der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten auf Kurzarbeit; im Juli waren es 21 Prozent. Damit sank die Zahl von 1,2 Millionen auf 990.000 Menschen.
- In Baden-Württemberg waren es 16 Prozent nach 19 Prozent. Oder 750.000 nach 900.000 Menschen. Grund hierfür ist die hohe Abhängigkeit der Beschäftigung von der Autoindustrie und dem Maschinenbau.
- In Sachsen sind rund 12% der Beschäftigten in Kurzarbeit.

Quelle: https://www.ifo.de/node/57825



Ostdeutschland resilienter als Westdeutschland

Coronabetroffenheit aller Wirtschaftszweige in Gesamt- und Ostdeutschland im Juni 2020



Anmerkung: Coronabetroffenheit wird auf einer Skala von +3 bis -3 gemessen, wobei +3 eine stark positive und -3 eine stark negative Betroffenheit signalisiert.

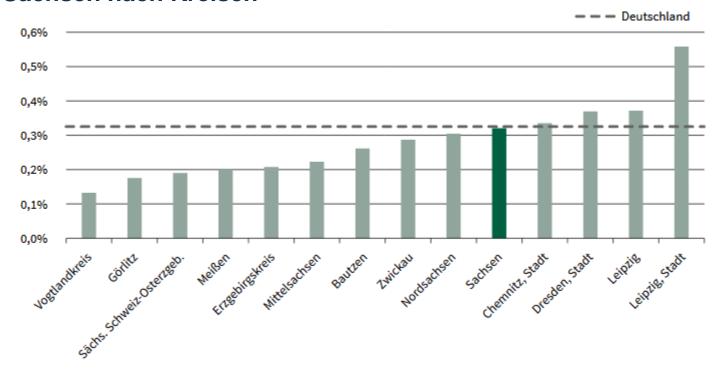
- Für Ostdeutschland zeichnet sich laut dem IW Halle ab, dass der Einbruch der Wirtschaft 2020 schwächer ausfällt als in Deutschland insgesamt.
- Die Infektionszahlen sind in Ostdeutschland geringer und die Mobilität der Menschen ist während der Pandemie weniger zurückgegangen als im Westen.
- Zudem haben die öffentlichen Dienstleister, deren Produktion in diesem Jahr recht stabil bleiben dürfte, im Osten einen höheren Anteil an der gesamten Bruttowertschöpfung als in Deutschland insgesamt.
- Des Weiteren haben die ostdeutschen Unternehmen eine stärkere Binnenorientierung und sind damit weniger von Exporterfolgen abhängig als westdeutsche Unternehmen.

Quelle: ifo, IW Halle, LBBW Research



Arbeitsmärkte der Ballungszentren sind in Sachsen am meisten von Coronakrise betroffen

Betroffenheit der Beschäftigung von Arbeitslosigkeit während der Coronakrise in Sachsen nach Kreisen



- Die regionalen Unterschiede in der Entwicklung der Arbeitslosigkeit dürften auch durch die unterschiedliche Wirtschaftsstruktur in den sächsischen Kreisen und kreisfreien Städten bedingt sein.
- Weiterhin unterscheidet sich zwischen den Regionen das Risiko für die Beschäftigten in den einzelnen Wirtschaftszweigen, in Arbeitslosigkeit zu gehen.

Berechnung des Betroffenheitsmaßes einer Region: Differenz zwischen dem mittleren Nettozugang an Arbeitslosen pro Monat während der Coronakrise und dem mittleren Nettozugang an Arbeitslosen pro Monat vor der Coronakrise im Verhältnis zu den SVB. Der mittlere Nettozugang an Arbeitslosen während der Coronakrise ergibt sich als Durchschnitt der Nettozugänge aus den Monaten April bis Juni 2020. Als Vorkrisenzeitraum für den mittleren Arbeitslosenzugang fungieren die Monate Oktober 2019 bis März 2020. Für beide Zeiträume werden die saisonbereinigten Werte für den Zugang in sowie den Abgang aus Arbeitslosigkeit verwendet.

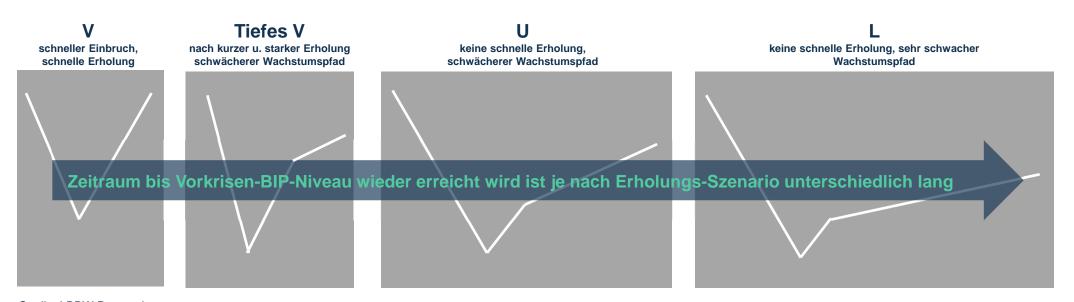
Quelle: ifo, LBBW Research



V, tiefes V, U oder L?

Kriterien, die die Form der Erholung bzw. das weitere Wachstumspotenzial bestimmen:

- Vorkrisenwachstumspfad / -Wachstumspotenzial
- Intensität der Corona-Ausbreitung
- Dauer und Intensität des Lockdowns bzw. generelle Strategie der Eindämmung und wie zügig erfolgt das Re-Opening?
- Struktur der Wirtschaft in jeweiligen Ländern: z.B. hoher Anteil Tourismus (Italien, Spanien). Was wird sich schnell erholen, was wird lange dauern?
- Ausprägung staatlicher Rettungspakete Wie viel Stützung kann sich und will sich ein Staat leisten?
- Wie stark stützt die Geldpolitik?



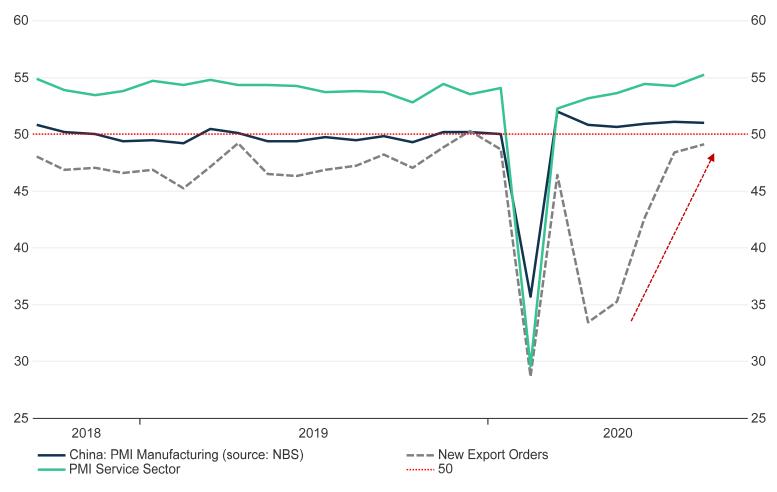
Quelle: LBBW Research



China: Einkaufsmanagerindizes signalisieren Erholung

Einkaufsmanagerindizes Industrie und Dienstleistungen

Indexwerte

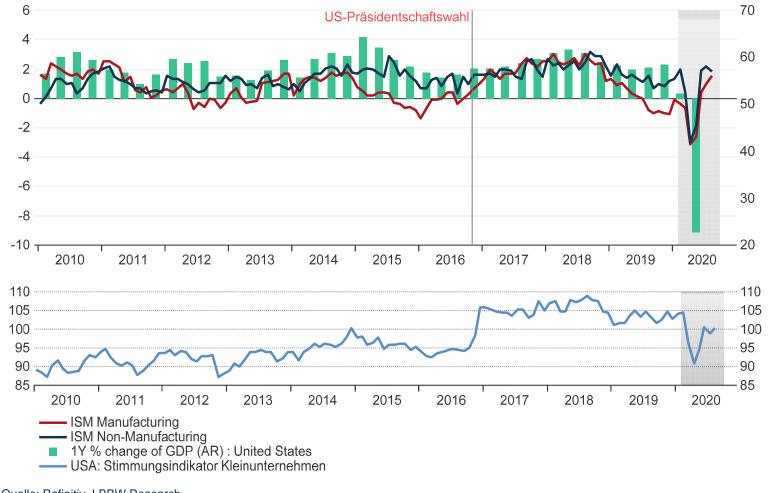


- Die PMIs sowohl für das Verarbeitende Gewerbe als auch für den Dienstleistungssektor haben sich rasch wieder oberhalb der kritischen Marke von 50 Zählern etabliert.
- Chinas Wirtschaft steuert auf eine "V"-förmige Erholung zu.
- Prognose für das chinesische BIP-Wachstum 2020 von 1,0 % auf 2,0 % erhöht!



USA: Erholung in Sicht

BIP, ISM Manufacturing/Services und Stimmung Kleinunternehmen in % Q-Q / Indexwerte

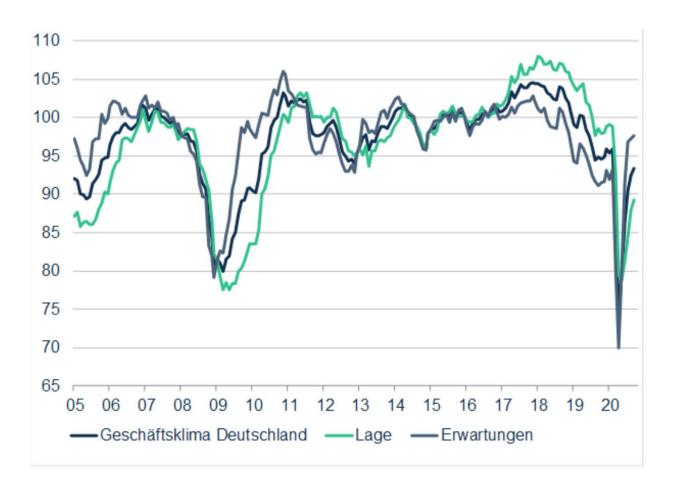


- Die ISM-Frühindikatoren deuten auf eine kräftige Erholung der US-Wirtschaft hin und unser GDPNow-Modell schätzt das Wachstum des US-BIP in Q3 2020 auf rund 6 % (Q-Q).
- Prognoserevision für US-BIP:
 - 2020 von -8,0% auf -5,0%
 - 2021 von 5,5% auf 4,0%



ifo-Geschäftsklimaindex zeigt weitere Erholung an

ifo-Geschäftsklimaindex, September 2020



- Das ifo-Geschäftsklima ist im September von 92,6 auf 93,4 vorgerückt. Die Lage ist von 87,9 auf 89,2 deutlich gestiegen. Die Erwartungen haben sich von 97,5 auf 97,7 leicht verbessert.
- Inzwischen ist damit schon wieder eine "normale Zahl" erreicht, und auch die Schwankungen sind bei diesem Konjunkturindex nicht mehr so extrem.
- Bemerkenswert, dass sich die Erwartungen nur minimal verbessert haben, aber die Lage recht deutlich zulegen konnte. Wir sehen daran: Was nach dem Lockdown im Frühjahr aufgeholt werden konnte, wurde aufgeholt.
- Dort, wo es schwieriger ist, wird es auch noch eine ganze Weile so bleiben, vor allem im Dienstleistungssektor.
- Im Schlussquartal wird es wahrscheinlich auch wieder Rücksetzer geben, sowohl bei den Frühindikatoren als auch in der Realwirtschaft.
- Aber alles in allem sind wir bislang besser durch die Pandemie gekommen, als das im März oder April zu befürchten war.



Bundesbank derzeit für BIP in Q3 optimistisch

WAI impliziert kräftiges BIP-Wachstum



- Der wöchentliche Aktivitätsindex der Bundesbank ist in den letzten Wochen kontinuierlich gestiegen.
- Die jüngste Aktualisierung (21.9.2020) lässt für Q3 einen deutlichen BIP-Zuwachs in der Größenordnung von 4% erwarten.



BIP 2020/2021: Deutschland besser, Euroraum etwas schlechter – Prognosen revidiert

Prognosetableau Q/Q und Y/Y für den Euroraum

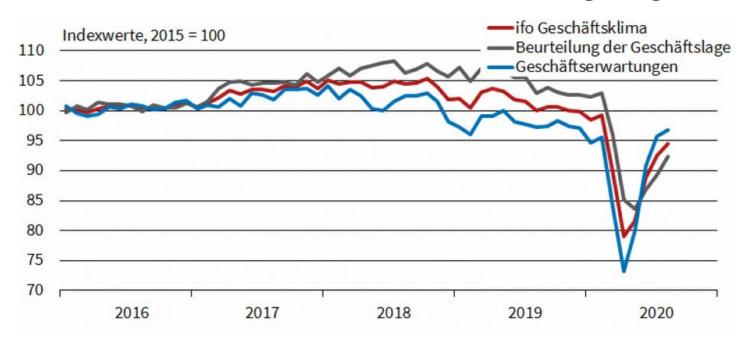
	EWU	DEU	FRA	ITA	SPA	Rest
	Anteile =>	28%	21%	15%	11%	25%
	Y/Y					
2019	1,3%	0,6%	1,5%	0,3%	2,0%	2,2%
2020	-8,3%	-6,0%	-11,2%	-10,6%	-12,8%	-5,9%
2021	6,0%	5,0%	7,0%	6,7%	8,7%	4,7%

- Wir haben die Prognose für das BIP-Wachstum in Deutschland 2020 von -7,0% auf -6,0% erhöht. Die Prognose für 2021 bleibt bei +5%.
- Da der Einbruch im zweiten Quartal revidiert nicht ganz so beträchtlich war, wie zunächst gemeldet und auch die Frühindikatoren anhaltende Erholung signalisieren, dürfte unter dem Strich der Einbruch etwas weniger heftig sein, als zunächst befürchtet.
- Dennoch bringt das Jahr 2020 den stärksten BIP-Rückgang seit Beginn der Zeitreihe 1970 bzw. seit Gründung der Bundesrepublik Deutschland.
- Für den Euroraum haben wir die BIP-Prognose für 2020 bei minus 8,3% belassen. Die Prognose haben wir für 2021 auf 6,0% gesenkt (zuvor +7%). Zwar haben vor allem die großen Mittelmeeranrainer etwas mehr Rückenwind durch den Kompromiss auf dem EU-Gipfel vom Juli ("NGEU"). Aber die Corona-Lage hat sich in Spanien und Frankreich zuletzt deutlich verschlechtert. Zudem waren die negativen Wirkungen des Lockdowns u. a. mit Blick auf den Tourismus stärker als gedacht.



Geschäftsklima Ostdeutschland: Der Aufwärtstrend setzt sich fort

ifo Geschäftsklima Ostdeutschland, saisonbereinigt, August 2020

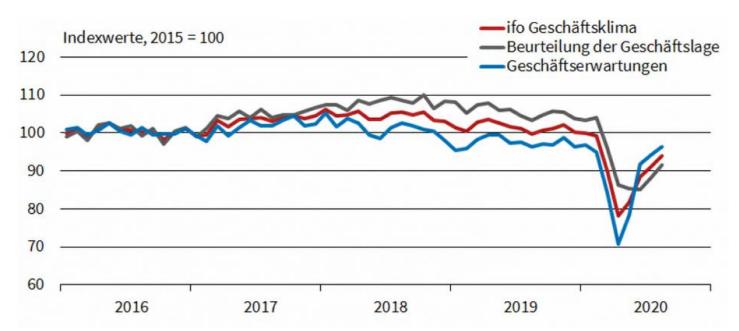


- Im August 2020 stieg die Stimmung der ostdeutschen Wirtschaft weiter. Der ifo Geschäftsklimaindex für die gesamte regionale
 Wirtschaft in Ostdeutschland kletterte von 92,4 auf 94,6 Punkte. Der Anstieg war im August hauptsächlich lagegetrieben. Gleichzeitig hoben die befragten Unternehmen auch ihre Geschäftserwartungen im Vergleich zum Vormonat etwas an.
- Im Verarbeitenden Gewerbe legte das Geschäftsklima im August nur leicht zu. Die befragten Industrieunternehmen beurteilten ihre laufenden Geschäfte deutlich besser. Ihr Ausblick in die Zukunft erhielt hingegen einen Dämpfer und wird wieder pessimistischer.
- Im Dienstleistungssektor ist die Erholung im vollen Gange und der ifo Geschäftsklimaindex stieg weiterhin kräftig.
- Im Handel war die Entwicklung geteilt. Während der Geschäftsklimaindex sowie die beiden Teilindizes der Einzelhandelsunternehmen leicht fielen, stieg die Stimmung bei den befragten Großhandelsunternehmen merklich. Der Anstieg war hier erwartungsgetrieben.
- Im Bauhauptgewerbe kühlte sich das Geschäftsklima im August spürbar ab.



Geschäftsklima Sachsen steigt abermals

ifo Geschäftsklima Sachsen, saisonbereinigt, August 2020



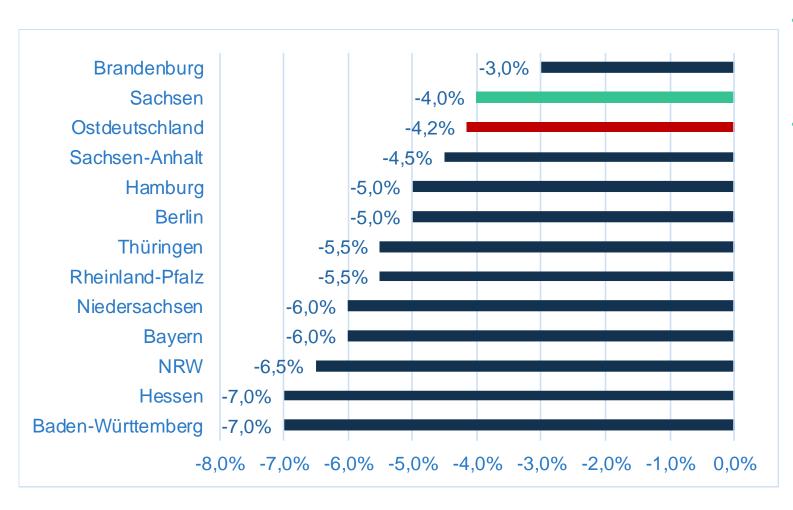
- Im sächsischen Verarbeitenden Gewerbe hellte sich das Geschäftsklima leicht auf. Die Lageeinschätzungen der befragten Unternehmer stiegen sehr deutlich. Der Ausblick auf die kommenden sechs Monate trübte sich spürbar ein.
- Im Dienstleistungssektor stieg die Stimmung kräftig. Die Geschäftslageeinschätzungen der befragten Dienstleister verbesserten sich kräftig. Die Erwartungen für die kommenden sechs Monate stiegen deutlich.
- Das Geschäftsklima des sächsischen Handels stieg im August deutlich. Ausschlaggebend hierfür waren die deutlich gestiegenen Geschäftserwartungen der Händler. Der Lageeinschätzungen verbesserten sich gegenüber dem Vormonat kaum.
- **Die Stimmung im Bauhauptgewerbe fiel im August deutlich.** Die befragten Bauunternehmer waren mit den laufenden Geschäften spürbar weniger zufrieden als noch im letzten Monat. **Die Geschäftserwartungen sanken sehr deutlich.**

Quelle: ifo.



Wachstumsranking 2020 der Bundesländer: Ostdeutschland resilienter als Westdeutschland

LBBW BIP-Wachstumsprognosen (in %) für ausgewählte Bundesländer

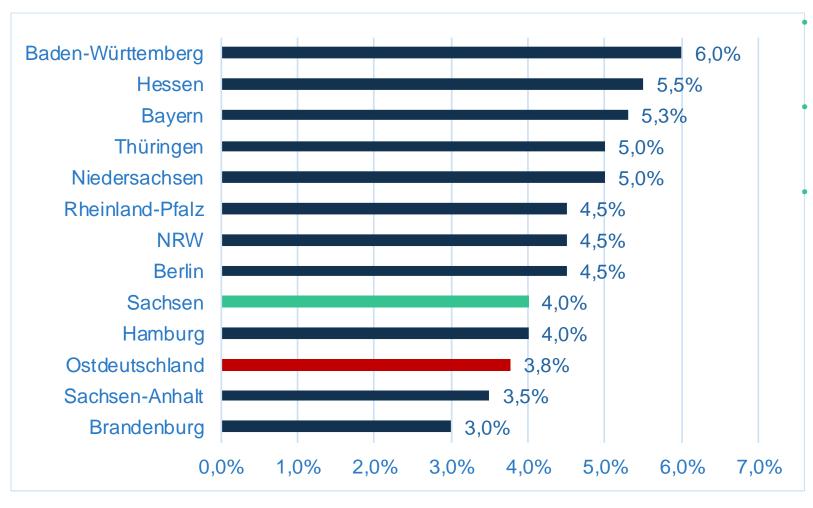


- Für Ostdeutschland erwarten wir für 2020 eine durchschnittliche Veränderungsrate des realen BIP von minus 4,2%, für Sachsen von minus 4,0%.
- Dies ist deutlich besser als die durchschnittliche Veränderungsrate des realen BIP für Gesamtdeutschland von minus 6%.



Wachstumsranking 2021 der Bundesländer: Wo es nicht stark hinabging, geht es auch nicht stark hinauf

LBBW BIP-Wachstumsprognosen (in %) für ausgewählte Bundesländer

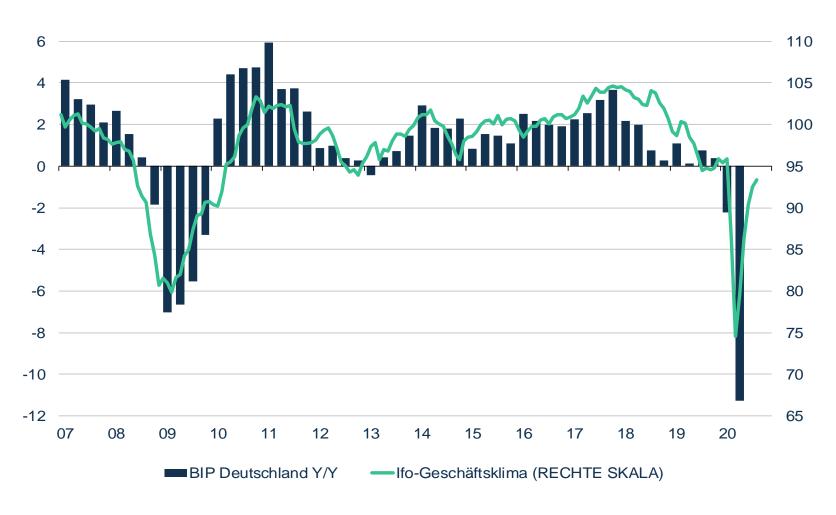


- Für Ostdeutschland erwarten wir für 2021 eine durchschnittliche Veränderungsrate des realen BIP von 3,8%, für Sachsen von 4,0%.
- Dies ist deutlich geringer als die durchschnittliche Veränderungsrate des realen BIP für Gesamtdeutschland von 5%.
- Man muss sich das Phänomen "Konjunktur" wie ein Gummiband vorstellen: je stärker es gespannt ist, desto heftiger schnappt es bei Loslassen wieder zurück. Da die westdeutschen Länder stärker von der Corona-Krise betroffen sind, ist auch ein stärkerer Rückprall dort im Vergleich zu Ostdeutschland zu erwarten.



Deutschland: Konjunkturerholung weiterhin intakt,...

BIP-Wachstum Deutschland (Y/Y) und ifo-Geschäftsklima

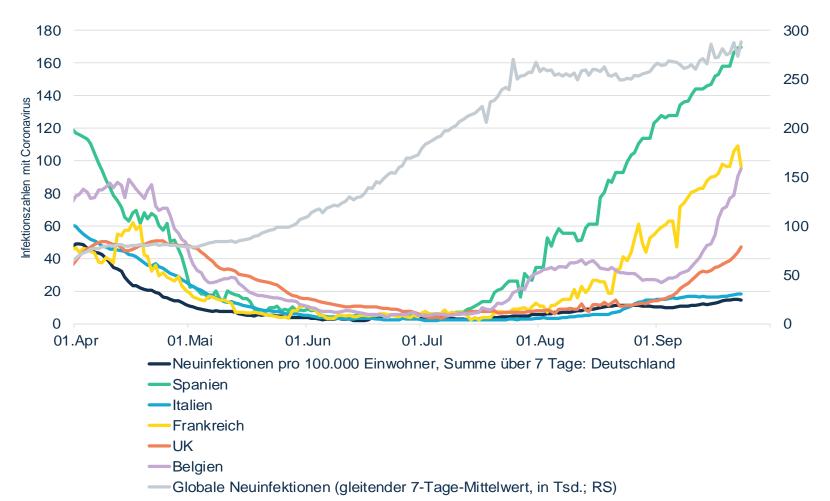


- Die deutsche Wirtschaft ist in Q2 um 9,7 % (Q/Q) bzw. um 11,3 % (Y/Y) eingebrochen. Das Minus war damit in etwa im Rahmen der Erwartungen.
- Im Euroraum insgesamt beträgt der Absturz sogar 11,8 % (Q/Q), wobei Frankreich (-13,8 %) und vor allem Spanien (-18,5 %) am härtesten getroffen wurden.
- Für Q3 stehen die Zeichen ausweislich der Frühindikatoren (ifo im September weiter gestiegen; PMI gemischt) weiterhin auf Erholung.
- Für 2021 veranschlagen wir den "Rebound" beim BIP, unterstützt durch Fiskal- und Geldpolitik, auf +5 % für Deutschland bzw. +6 % für den Euroraum.



...aber das Risiko eines erneuten Rückschlags durch die Corona-Pandemie ist wieder merklich gestiegen

Corona-Inzidenz für ausgewählte europäische Staaten



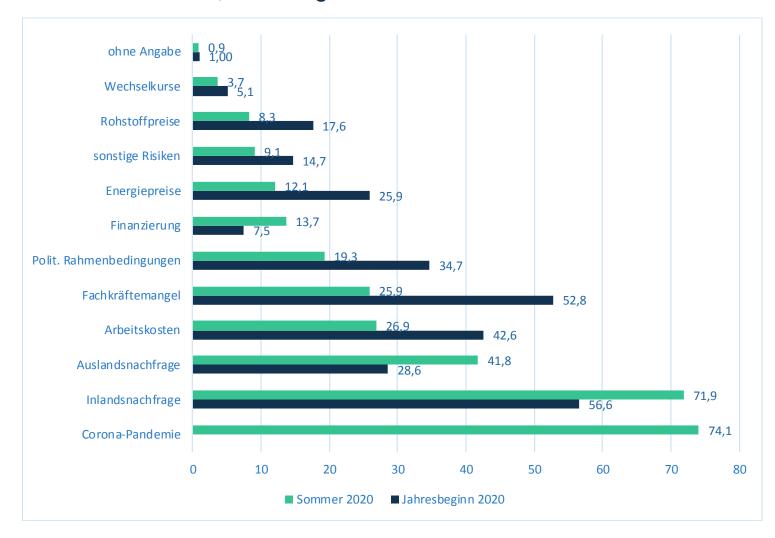
- Die **Risiken** für diese Prognose einer nachhaltigen
 Konjunkturerholung sind jedoch weiterhin stark erhöht.
- Die globalen Neuinfektionen sind zuletzt wieder gestiegen, wobei speziell große Teile von Europa mit stark steigenden Corona-Infektionszahlen negativ auffallen – die "zweite Welle" rollt.
- Sorge bereiten derzeit in der EWU vor allem Spanien und Frankreich. In Deutschland sind die Zahlen deutlich moderater, aber auch hierzulande wächst die Sorge vor einer Zuspitzung im Herbst/Winter.
- Wir veranschlagen die Wahrscheinlichkeit für unser Risikoszenario eines schweren Krisenrückfalls ohne nachhaltige Erholung auf 25 %.

Quelle: Bloomberg, LBBW Research





IHK-Umfrage: "Wo sehen Sie die größten Risiken für die wirtschaftliche Entwicklung Ihres Unternehmens?", Nennungen der Unternehmen in %, Mehrfachnennungen möglich



Quelle: IHK Region Stuttgart, LBBW Research



Langfristige Trends – vor und nach Corona

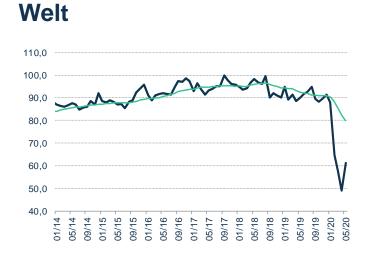


Quelle: LBBW Research

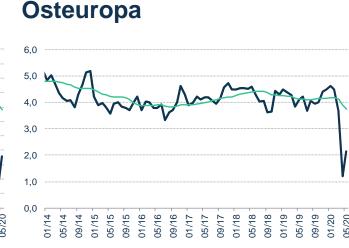


Entwicklung der Automobilmärkte – Absturz durch COVID-19

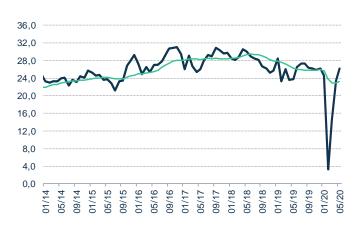
(Absatz in Mio. Fahrzeuge, SAAR*)



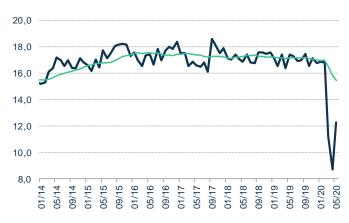




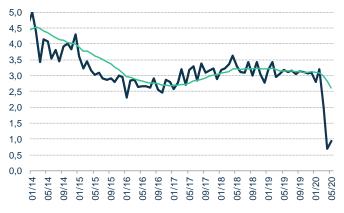
China







Brasilien/Argentinien



Quelle: LMC Automotive, LBBW Research.

29.09.2020 · Konjunkturmonitor Sachsen

^{*} SAAR: Seasonally Adjusted Annual Rate; bereinigte Jahresrate



V-Erholung im Automobilsektor aber eher unwahrscheinlich

Was spricht für V-Erholung

- China kommt stark zurück mit +11,7% im Mai.
- Autoproduktion läuft wieder an, in Q3/20 nahezu alle Werke in Betrieb.
- Konjunkturprogramme stimulieren.
- Arbeitslosigkeit bzw. Kurzarbeit dürfte von hohen Niveaus zurückgehen.
- Ergebnisverbesserung mit steigender Produktion und Absatz.

Was spricht für L-Erholung

- Automobilnachfrage lag 2019 (ohne China) auf Rekordniveau.
- Anpassungsdruck der Industrie bleibt. Verstärkt durch Verluste und gestiegene Verschuldung.
- · Kürzung von Investitionen drückt auf Wachstum.
- Hohe Verschuldungsraten. Steigende Steuern und sinkende Investitionen wirken bremsend.
- Trend zur individuellen Mobilität (u.a. durch Angst vor Corona-Infektion) könnte kurzfristig sein.

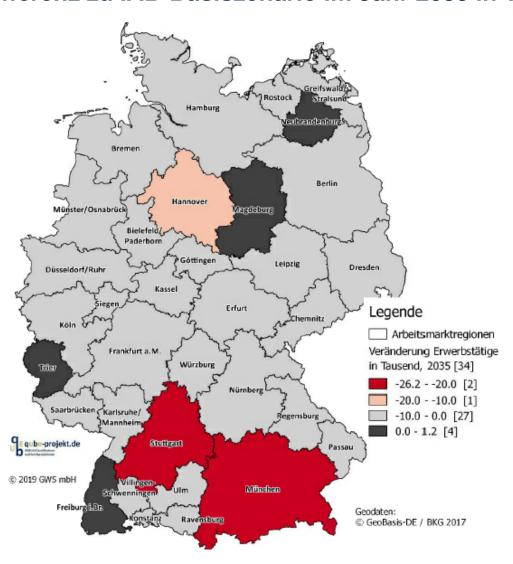


V-Erholung im Automobilsektor erscheint eher unwahrscheinlich. Wir erwarten nur eine kurzfristig stärkere Erholung aufgrund der niedrigen Basis sowie angetrieben von Konjunkturprogrammen.

E-Mobilität dürfte lediglich milde negative Beschäftigungseffekte in Ostdeutschland haben



Zahl der Erwerbstätigen nach Arbeitsmarktregionen, Differenz zu IAB-Basiszenario im Jahr 2035 in Tausend



- Gemäß einer Simulationsstudie des IAB Nürnberg in Bezug auf die Auswirkungen der E-Mobilität auf den Arbeitsmarkt wirkt sich eine zunehmende Elektrifizierung des Antriebsstranges in den einzelnen Arbeitsmarktregionen Deutschlands unterschiedlich stark aus.
- Insbesondere in den beiden Arbeitsmarktregionen München und Stuttgart werden jeweils knapp 26.000 Arbeitsplätze verloren gehen, in der Region Hannover 10.000.
- Ostdeutschland hat mit eher milden negativen
 Beschäftigungseffekten zu rechnen. Nicht zuletzt, weil die EMobilität auch Chancen für die dortigen Betriebe in sich bergen
 (siehe nächste Seite). Allerdings gibt es innerhalb der
 Automobilbranche auch in Sachsen und Thüringen eine
 unterschiedliche Betroffenheit je nach Subbranche.
- Neubrandenburg und Magdeburg können mit den Regionen Trier und Freiburg sogar einen Beschäftigungsaufbau erwarten. Grund hierfür ist, dass in diesen Regionen wenig Fahrzeugbau angesiedelt ist und damit auch keine negativen Beschäftigungseffekte durch die E-Mobilität zu erwarten sind. In Brandenburg ist durch die Tesla Gigafactory in Grünheide ebenfalls ein Beschäftigungsaufbau zu erwarten.

Quelle: IAB-Forschungsbericht 06/2020.



Strukturwandel durch E-Mobilität hat wohl keine gravierenden Auswirkungen auf Beschäftigung in Sachsen

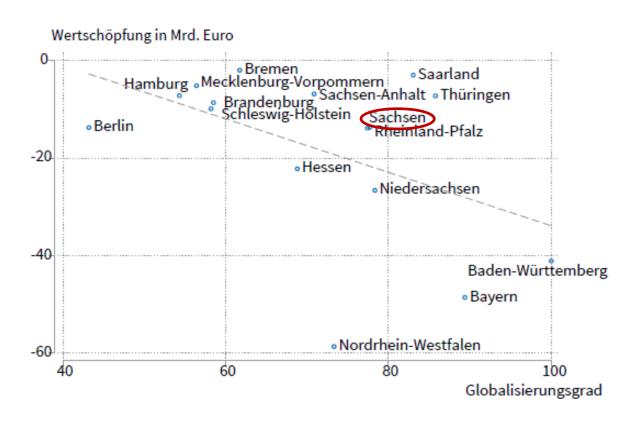
- Die Automobilindustrie in Sachsen wird gemäß einer neuen Studie des Chemnitz Automotive Institute (CATI) bis 2025 dank der Kapazitätserweiterungen bei VW, Porsche und BMW ihr Produktionsvolumen erfreulicherweise insgesamt um ca. 15 % erhöhen können. Dabei wird der Anteil der vollelektrischen Autos sogar auf ca. 40–45 % ansteigen. Sachsen wird damit zu einer der Top-Regionen für die Produktion von Elektrofahrzeugen in Deutschland und Europa.
- Diese durch die Automobilhersteller eingeleitete Trendwende zur Elektromobilität wird auch in der Zulieferindustrie in Sachsen in naher Zukunft deutliche Spuren hinterlassen, insbesondere in der Beschäftigtenentwicklung. Im Gesamtergebnis ist nach dieser Bewertung in allen vom CATI untersuchten Szenarien festzustellen, dass der Strukturwandel durch Elektromobilität keine gravierenden Auswirkungen auf das Beschäftigungsniveau in der sächsischen Zulieferindustrie insgesamt hervorrufen wird. Allerdings ist ein brancheninterner Umwälzungsprozess zu erwarten, der weitreichende Folgen für Unternehmen, deren Beschäftigte und regionale Standorte haben wird:
 - In den Produktbereichen Antrieb und Fahrwerk reichen die gegenläufigen positiven Beschäftigungseffekte nicht aus, um das heutige Beschäftigungsniveau zu halten. Dies trifft in dramatischem Umfang für den Produktbereich Antrieb zu, der in der Struktur der sächsischen Automobilzulieferindustrie heute die höchste Beschäftigtenzahl aufweist. Hier wird sich die Anzahl der Beschäftigten fortlaufend verringern; bei einem Elektrifizierungsgrad von 40 % um mehr als -20 %.
 - Anders verhält es sich in den Produktbereichen Karosse/Exterieur, Interieur und Elektrik/Elektronik, in denen die positiven Beschäftigungseffekte überwiegen.
- Nicht das zu erwartende generelle Beschäftigungsniveau ist das Problem des Strukturwandels durch Elektromobilität, sondern die Umwälzungen in der Binnenstruktur der Zulieferbranche. Entsprechend der Analyse dieser Studie geraten etwa 12 % der Zulieferunternehmen unter erheblichen Anpassungsdruck und es werden bis zu 5.100 Beschäftigte in sächsischen Zulieferunternehmen (Gesamtsumme der negativen Beschäftigungseffekte) ihre heutige Tätigkeit in ihren bisherigen Unternehmen nicht fortführen können.
- Das Gesamtergebnis der Beschäftigungseffekte hängt aber zugleich wesentlich davon ab, ob das Angebot an 4.250 neuen Arbeitsplätzen und Anforderungsprofilen (Gesamtsumme der positiven Beschäftigungseffekte) durch entsprechende Mitarbeiter besetzt werden kann. Die Personalverfügbarkeit wird daher zu einer entscheidenden Herausforderung bei der Bewältigung des automobilen Strukturwandels in der Region.

Quelle: CATI.

Ostdeutschland weniger stark durch Coronabedingte De-Globalisierung getroffen



Auswirkung des Vernetzungsgrads in globalen Wertschöpfungsketten auf die Wertschöpfung in den Bundesländern während der Corona-Krise



- Durch die Corona-Krise ist eine Verkürzung der globalen Wertschöpfungsketten, eine Re-Lokalisierung der Produktion und damit eine gewisse De-Globalisierung zu erwarten.
- Die ostdeutschen Länder sollten durch ihre relativ höhere Binnenorientierung ihrer Unternehmen hiervon weniger stark betroffen sein als die westdeutschen Unternehmen.

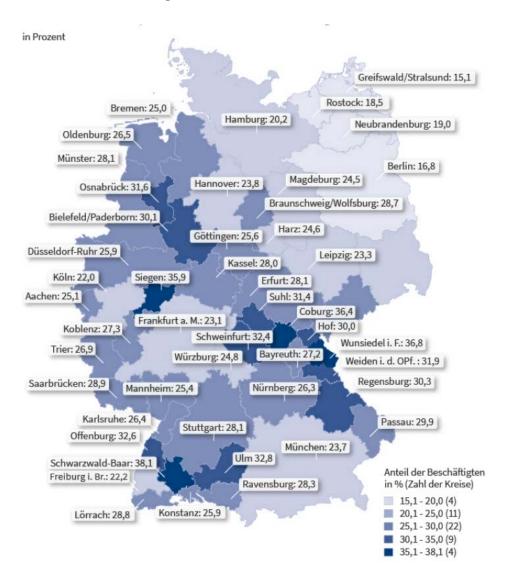
Die Abbildung zeigt die Korrelation zwischen der "Offenheit", bzw. dem Globalisierungsgrad eines Bundeslandes und der Veränderung der Wertschöpfung in Milliarden Euro des jeweiligen Bundeslandes. Die Offenheit eines Bundeslandes entspricht dem Verhältnis zwischen Handel mit dem Ausland und Handel auf dem heimischen Markt (Export + Import/heimischer Handel). Der Globalisierungsgrad wurde zum leichteren Verständnis normiert. 100 entspricht dem offensten Bundesland, Baden-Württemberg, die restlichen Bundesländer wurden dazu ins Verhältnis gesetzt.

Quelle: ifo, LBBW Research.

Zunehmende Automatisierung des Verarbeitenden Gewerbes



Anteil der Beschäftigten in Berufen mit hohem technologischen Substitutionspotenzial nach Arbeitsmarktregionen



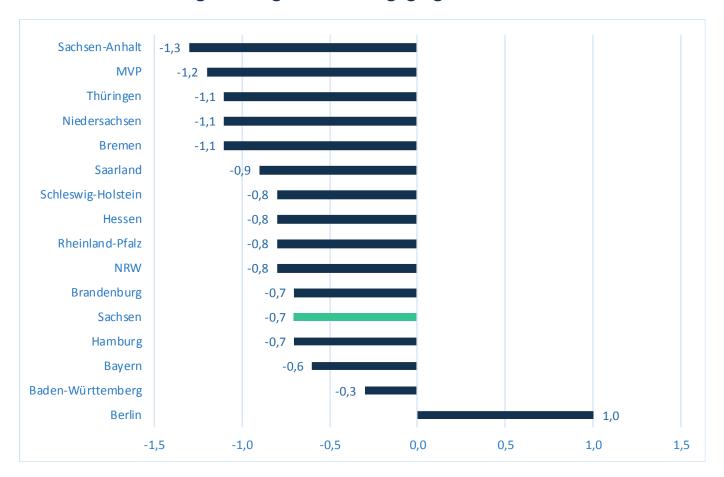
- Die Digitalisierung wirkt sich regional unterschiedlich aus. Insbesondere Regionen mit hohem Anteil des Verarbeitenden Gewerbes an der Beschäftigtenstruktur sind potenziell von der Automatisierung betroffen.
- Ein hohes Substitutionspotenzial ist gegeben, wenn mehr als 70% der Tätigkeiten eines Berufs prinzipiell automatisiert werden könnten.
- Wenn die Annahme zutrifft, dass sich die Berufsstruktur dort stärker verändert, wo Substituierbarkeitspotenziale hoch sind – sei es, weil sich die Berufe und deren Anforderungsprofile verändern oder weil einige Berufe zahlenmäßig schrumpfen und andere wachsen -, dann sollten die Arbeitsmarktregionen mit hohen Substituierbarkeitspotenzialen besonders im Fokus einer arbeitsmarktpolitischen Förderung und Begleitung stehen, zum Beispiel in Form von Qualifikationsangeboten. Insbesondere die hoch substituierbaren Fertigungs- und Fertigungstechnischen Berufe sind für den Wirtschafts- und Industriestandort Deutschland prägend. Darum hat die Unterstützung des Wandels in diesem Bereich eine besondere Bedeutung.
- Die Substitutionspotenziale sind in Sachsen weniger ausgeprägt als z. B. in Bayern oder Baden-Württemberg. Es hängt aber schlussendlich von ökonomischen Faktoren ab, ob technologisch machbare Substitutionspotenziale auch genutzt werden.

29.09.2020 · Konjunkturmonitor Sachsen 26



Corona-Krise beschleunigt Digitalisierung und Automatisierung

Beschäftigungseffekte einer beschleunigten Digitalisierung nach Bundesländern, 2018-2035, Differenz der prognostizierten Entwicklung der Zahl der Erwerbstätigen zwischen dem Szenario einer beschleunigten Digitalisierung gegenüber dem Basisszenario in Prozent



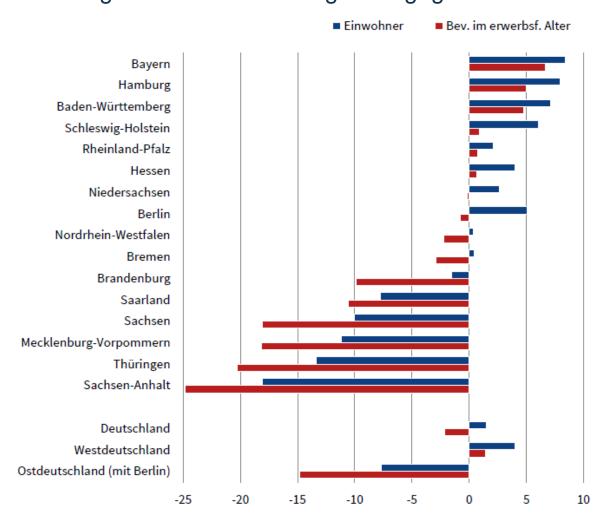
- Die Beschäftigungseffekte eines Szenarios der beschleunigten Digitalisierung unterscheiden sich gemäß einer IAB-Studie von Bundesland zu Bundesland. Grund dafür ist die regional unterschiedliche Branchenstruktur. Dies gilt beispielsweise für das Verarbeitende Gewerbe, wo durch die Digitalisierung relativ mehr Arbeitsplätze wegfallen werden als in anderen Branchen. So spielt das Verarbeitende Gewerbe in Bayern, Baden-Württemberg, Thüringen, Sachsen-Anhalt, Sachsen, Saarland und Rheinland-Pfalz eine stärkere Rolle als in anderen Bundesländern.
- Die ostdeutschen Länder sind hier stärker durch Automatisierungsprozesse getroffen, da die Unternehmen dort oft lediglich als "Werkbänke" westdeutscher Konzerne dienen.

Quelle: IAB, LBBW Research.

Sachsen und Ostdeutschland mit einem großen demographischen Problem



Bevölkerungsentwicklung nach Bundesländern, Einwohner und Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter Veränderung 2017 gegenüber 1996 in %



- Während insbesondere die wirtschaftsstarken Bundesländer Bayern und Baden-Württemberg sowie die Stadtstaaten Hamburg und Berlin in den 21 Jahren des Beobachtungszeitraums 1996-2017 ein Bevölkerungsplus von bis zu 10 Prozent verbuchen konnten, ging die Bevölkerung in den ostdeutschen Flächenländern um annähernd 11 Prozent, in Sachsen-Anhalt sogar um rund 18 Prozent zurück. Lediglich im Land Brandenburg wurde der Bevölkerungsrückgang etwas gedämpft. Hier dürften Sondereffekte durch Personen eine Rolle spielen, die in Brandenburg leben und in Berlin arbeiten.
- Betrachtet man ausschließlich die Bevölkerungsgruppe der 15- bis 67-Jährigen, ist in Ostdeutschland ein deutlich stärkerer Rückgang festzustellen im Vergleich zur gesamten Einwohnerzahl.
- Würde man stattdessen das Jahr 2016 als Referenzjahr verwenden, so wäre die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter auch in Rheinland-Pfalz, Hessen und Schleswig-Holstein rückläufig.

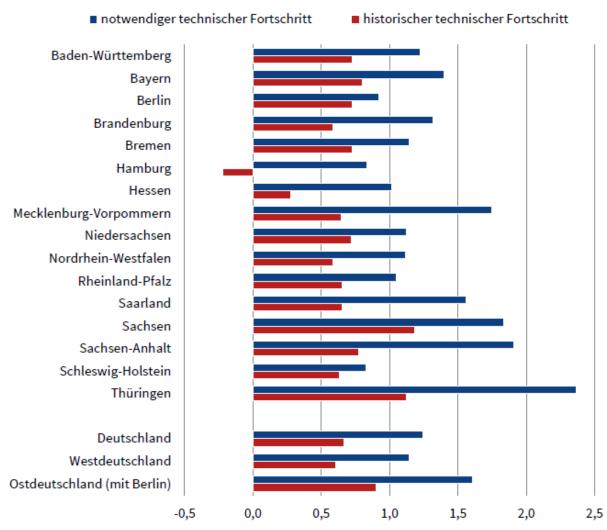
Quelle: Wachstum und Produktivität 2035 – Innovations- und Produktivitätslücken auf Ebene der Bundesländer, Niels Gillmann, Robert Lehmann, Jannik A. Nauerth, Joachim Ragnitz, Julia Sonnenburg, Michael Weber, ifo Forschungsberichte 106/2019

29.09.2020 · Konjunkturmonitor Sachsen

Um den Zuwachs des Lebensstandards zu halten, muss die Arbeitsproduktivität stark steigen



Notwendige TFP zur Aufrechterhaltung des Zuwachses beim Lebensstandard, Historische und notwendige Totale Faktorproduktivität, Durchschnittliche Veränderung in %



- In Deutschland insgesamt dürfte sich gemäß einer Simulationsstudie des ifo-Instituts eine Differenz von durchschnittlich 0,6 Prozentpunkten pro Jahr zwischen der Wachstumsrate des technischen Fortschritts in der jüngsten Vergangenheit und der für dieses Szenario notwendigen Wachstumsrate ergeben.
- Zwischen Ostdeutschland (mit Berlin) und Westdeutschland zeigt sich nur ein Unterschied von 0,2 Prozentpunkten, wenngleich der Zuwachs gegenüber den jeweiligen historischen Werten doch deutlich ausfällt.
- Innerhalb der Länder dürfte sich die Differenz von 0,2 bis 1,2 Prozentpunkten erstrecken. Berlin, Schleswig-Holstein und Rheinland-Pfalz dürften mit 0,2, 0,2 und 0,4 Prozentpunkten die kleinsten Unterschiede zum historischen Wachstumsverlauf aufweisen, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt und Thüringen mit 1,1, 1,1 und 1,2 Prozentpunkten wohl die größten.
- Angesichts dieser Tatsachen dürfte es einigen Bundesländern sogar schwerfallen, die jüngste Vergangenheit bei der Entwicklung des Lebensstandards zu wiederholen.

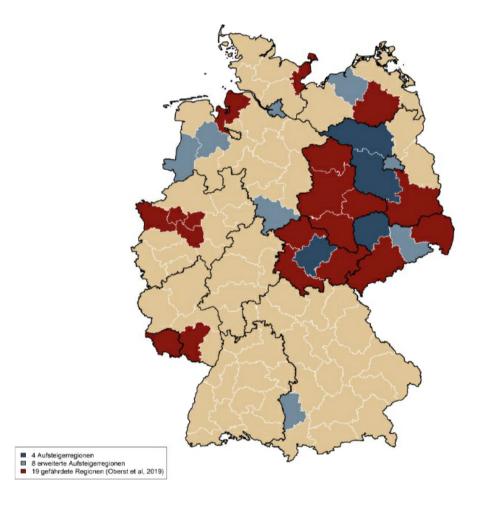
Quelle: Wachstum und Produktivität 2035 – Innovations- und Produktivitätslücken auf Ebene der Bundesländer, Niels Gillmann, Robert Lehmann, Jannik A. Nauerth, Joachim Ragnitz, Julia Sonnenburg, Michael Weber, ifo Forschungsberichte 106/2019

29.09.2020 · Konjunkturmonitor Sachsen



Aufsteigerregionen in Deutschland vornehmlich im Osten

Aufsteigerregionen und Handlungsregionen gemäß IW Köln (1)

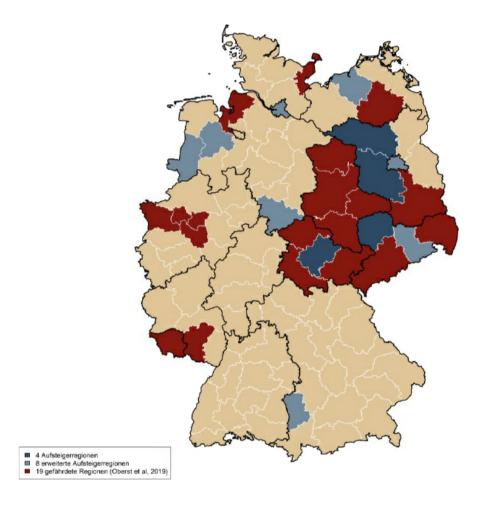


- Das IW Köln hat mit einem Indikatorenset untersucht, welche Kreise in Deutschland auf einem aufsteigenden (blau) oder absteigenden (rot) Trend sind.
 - Indikatoren: Arbeitslosenquote, Arbeitslosenquote, Kaufkraft, Überschuldung der privaten Haushalte, Durchschnittsalter, Bevölkerungsdichte, Breitbandausstattung, kommunale Verschuldung.
- Das IW Köln kommt zu dem Ergebnis, dass die stärkste Aufsteigerregion im letzten Jahrzehnt die Region Havelland-Fläming im westlichen Brandenburg war. Es folgen Prignitz-Oberhavel im Nordwesten Brandenburgs und Westsachsen mit dem Zentrum Leipzig, sowie Mittelthüringen.
- In der erweiterten Gruppe von Aufsteigerregionen sind: das Emsland im westlichen Niedersachsen (eher ein etablierter Aufsteiger), die Hauptstadt Berlin (maßgeblich für die gute Entwicklung der bereits genannten brandenburgischen Regionen verantwortlich sein dürfte), die Region Mittleres Mecklenburg mit der Stadt Rostock (das wirtschaftlich Zentrum im Norden Ostdeutschlands), mit Göttingen und Oldenburg zwei teil-urbane Regionen in Niedersachsen abseits der großen Ballungszentren (die sich unter anderem durch gute Universitätsstandorte auszeichnen), Donau-Iller (eine ländliche Region in Bayern, ebenfalls eher ein etablierter Aufsteiger), das Obere Elbtal/Ostergebirge mit der Stadt Dresden, sowie Hamburg (der zweite Stadt-staat, der in den letzten Jahren ein starkes Wachstum erlebt hat).
- Allerdings gibt es neben diesen Aufsteigerregionen auch Regionen, in den dringender Handlungsbedarf besteht (rot). die Wirtschaftskraft zu stärken.



Aufsteigerregionen in Deutschland vornehmlich im Osten

Aufsteigerregionen und Handlungsregionen gemäß IW Köln (2)

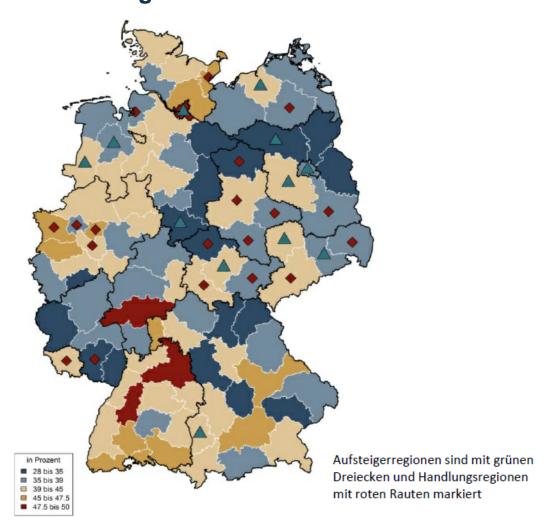


- Mit Leipzig in Westsachsen, Dresden im Oberen-Elbtal, Erfurt-Weimar in Mittelthüringen und Rostock im Mittleren Mecklenburg-Vorpommern machen jedoch auch andere Zentren Ostdeutschlands im regionalen Kontext positiv auf sich aufmerksam. Darüber hinaus konnten weitere Zentren wie Chemnitz, Zwickau, Dessau-Roßlau als lokale Aufsteiger positiv auffallen. Dies spricht für eine Urbanisierung im Osten, von der das angrenzende Umland bislang nur zum Teil profitiert hat und welche die regionalökonomische Entwicklung peripherer Lagen im weiteren Umkreis vermutlich belastet. Nicht von ungefähr liegen Aufsteigerregionen und Handlungsregionen gerade in Ostdeutschland in unmittelbarer Nähe. Die Konzentration und daraus resultierenden Lokalisations- und Urbanisationsvorteile, kurz Agglomerationsvorteile, bieten gerade vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung in Ostdeutschland Chancen für die Regionalentwicklung.
- Im Berliner Umland, aber auch im Leipziger, Dresdener und Rostocker Umland, scheint die Verdichtung ökonomischer Aktivität der Zentren einherzugehen mit der Erweiterung des funktionalen Wirtschaftsraums und einer vorteilhaften Entwicklung des Umlands. In Thüringen scheint sich der regionalökonomische Aufholprozess auf die zentrale Region um Erfurt-Weimar zu konzentrieren, zu Lasten der Entwicklungen in den anderen Landesteilen.
- Nichtsdestotrotz sind die Ergebnisse der Analyse sehr ermutigend. Im 30. Jahr nach der Wiedervereinigung zeigen sich nun in vielen Regionen Ostdeutschlands deutliche Aufholprozesse. Und es spricht viel dafür, dass diese Aufholprozesse trotz der gegenwärtigen Wirtschaftskrise Bestand haben werden. Schließlich weisen die Regionen in Ostdeutschland eine insgesamt resistentere Wirtschaftsstruktur auf als etwa in Süddeutschland. Möglicherweise wird der Konvergenzprozess durch die Krise sogar weiter verstärkt.



Ostdeutschland weniger durch Corona-Krise betroffen, Konvergenzprozess könnte daher gestärkt werden

Anteil der Beschäftigten in 29 besonders durch die Corona-Krise gefährdeten Wirtschaftszweigen

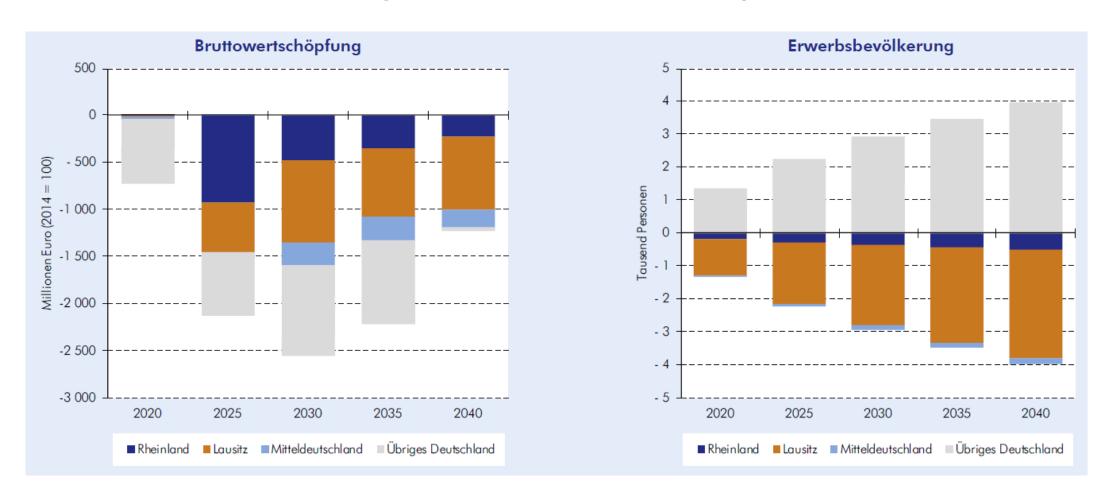


- Insgesamt zeigen gerade die ostdeutschen Aufsteigerregionen keine besonders hohen Beschäftigtenanteile bei von der Corona-Pandemie hauptsächlich betroffenen Wirtschaftszweigen.
- Im Gegenteil, gerade die Regionen in Ostdeutschland, mit Ausnahme Westsachsen, könnten relativ gesehen besser durch die Krise kommen, womit sich nach der Krise der Konvergenz- beziehungsweise Aufholprozess vielleicht sogar noch verstärken könnte.



Braunkohleausstieg fatal für die Lausitz

Effekte des Braunkohleausstiegs, jährliche absolute Veränderung



Quelle: IW Halle.

29.09.2020 · Konjunkturmonitor Sachsen



Vielleicht sollte über Sonderwirtschaftszonen zur Flankierung des Kohleausstiegs nachgedacht werden

- Der beschlossene zügige Ausstieg aus der Braunkohleverstromung stellt die drei deutschen Kohlereviere im Rheinland, in Mitteldeutschland und speziell in der peripher gelegenen Lausitz vor große Herausforderungen. Selbst für den bislang angestrebten Ausstiegspfad bis ca. 2050 wären erhebliche Investitionserfordernisse in den betroffenen Regionen aufgetreten, die nur mit umfangreichen Hilfen des Bundes zu meistern gewesen wären. Durch einen um mindestens 10 Jahre vorgezogenen Ausstieg ergibt sich eine Situation, in der die üblicherweise langen Planungs- und Genehmigungsverfahren in Deutschland einer rechtzeitigen Schaffung von neuen Wirtschaftsstrukturen und Ersatzarbeitsplätzen entgegenstehen. Dies gilt in besonderem Maße für die Lausitz, in der die Braunkohlewirtschaft mit einem Wertschöpfungsanteil von 6,2 Prozent mit indirekten Effekten 9,1 Prozent und einem Arbeitsplatzeffekt einschließlich induzierter Beschäftigung von 4,9 Prozent der Beschäftigten in den vier betroffenen Kreisen mit Großanlagen der Branche (Tagebaue, Kraftwerke, Anlagen der stofflichen Nutzung) eine etwa doppelt so hohe Bedeutung aufweist wie im Mitteldeutschen Revier und im Rheinland.
- Das IW Köln hat in einem Kurzgutachten im Mai für die Fraktion der Freien Demokraten im Deutschen Bundestag den Vorschlag gemacht, Sonderwirtschaftszonen in den vom Kohleausstieg betroffenen Regionen einzurichten. Die Finanzierung der Maßnahmen erfolgte im Rahmen der 40 Milliarden Euro vereinbarter Strukturhilfen. Zu den diesbezüglichen Maßnahmen gehörten:
 - Reduktion des Gewerbesteuerhebesatzes auf den Mindestsatz von 200 Prozent
 - Investitionen erleichtern mittels Investitionszuschüssen mit rund 50 Mio. Euro pro Jahr
 - Stärkung von Forschung und Entwicklung
 - Ausbau der universitären Bildungseinrichtungen
 - Technologieparks und Technologie- und Gründerzentren
 - Digitale Netze zügig ausbauen
 - Testfeld Intelligente Netzsteuerung: Der Energiesektor steht mit dem Ausstieg aus der grundlastfähigen Braunkohleverstromung vor dramatischen Umbrüchen. Durch Testfelder für intelligente Netzsteuerung unter Einbindung regionaler und überregional verfügbarer erneuerbarer Energieträger sowie neuer und etablierter Speichertechnologien können die Regionen ihre Sonderstellung in der deutschen Energieversorgung weiter aufrechterhalten.
 - Planungsbeschleunigung für Verkehrsinfrastrukturen
 - Vereinfachung bürokratischer Verfahren/smarte Regulierung
 - Evidenzbasierte Politikgestaltung und Partizipation. Reallabore unter Einbeziehung der Bevölkerung können die Entscheidungsfindung verbessern.



Disclaimer.

Diese Publikation richtet sich ausschließlich an Empfänger in der EU, Schweiz und in Liechtenstein.

Diese Publikation wird von der LBBW nicht an Personen in den USA vertrieben und die LBBW beabsichtigt nicht, Personen in den USA anzusprechen.

Aufsichtsbehörden der LBBW: Europäische Zentralbank (EZB), Postfach 16 03 19, 60066 Frank-furt am Main und Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin), Postfach 1253, 53002 Bonn / Postfach 50 01 54, 60391 Frankfurt.

Diese Publikation beruht auf von uns nicht überprüfbaren, allgemein zugänglichen Quellen, die wir für zuverlässig halten, für deren Richtigkeit und Vollständigkeit wir jedoch keine Gewähr übernehmen können. Sie gibt unsere unverbindliche Auffassung über den Markt und die Produkte zum Zeitpunkt des Redaktionsschlusses wieder, ungeachtet etwaiger Eigenbestände in diesen Produkten. Diese Publikation ersetzt nicht die persönliche Beratung. Sie dient nur Informationszwecken und gilt nicht als Angebot oder Aufforderung zum Kauf oder Verkauf. Für weitere zeitnähere Informationen über konkrete Anlagemöglichkeiten und zum Zwecke einer individuellen Anlageberatung wenden Sie sich bitte an Ihren Anlageberater.

Wir behalten uns vor, unsere hier geäußerte Meinung jederzeit und ohne Vorankündigung zu ändern. Wir behalten uns des Weiteren vor, ohne weitere Vorankündigung Aktualisierungen dieser Information nicht vorzunehmen oder völlig einzustellen.

Die in dieser Ausarbeitung abgebildeten oder beschriebenen früheren Wertentwicklungen, Simulationen oder Prognosen stellen keinen verlässlichen Indikator für die künftige Wertentwicklung dar.

Die Entgegennahme von Research Dienstleistungen durch ein Wertpapierdienstleistungsunter-nehmen kann aufsichtsrechtlich als Zuwendung qualifiziert werden. In diesen Fällen geht die LBBW davon aus, dass die Zuwendung dazu bestimmt ist, die Qualität der jeweiligen Dienstleistung für den Kunden des Zuwendungsempfängers zu verbessern.

#RELEASE_DATE#